

Bericht über die Haushaltsentwicklung bis zum 2. Quartal 2006

Anlagen: keine
Gäste: keine

Sachverhalt:

Mit dem nachfolgenden Bericht will die Verwaltung, wie in den zurückliegenden Jahren, den Kreistag möglichst frühzeitig und umfassend über die aktuelle Entwicklung der Finanzlage des Landkreises informieren. Die Verwaltung hat die vorliegenden Ergebnisse analysiert und auf das Jahresende hochgerechnet. Die voraussichtlichen Verbesserungen und Verschlechterungen bei den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen sind im Folgenden dargestellt:

<u>Verwaltungshaushalt</u>	
<ul style="list-style-type: none">Personalausgaben <p>Bei der Berechnung der Personalkosten für 2006 mussten Mehraufwendungen für gestiegene Umlagen, Höhergruppierungen und für die Auswirkungen des neuen Tarifrechts einkalkuliert werden. Eine prozentuale Tarif- oder Besoldungssteigerung stand im Haushaltsjahr 2006 nicht an. Dennoch hat sich die Verwaltung hohe Einsparungen von 750.000 € selbst auferlegt und den Personalausgabenansatz damit unter Vorjahresniveau gedrückt. An diesen Vorgaben hat sich zur Jahresmitte nichts Nennenswertes verändert. Derzeit rechnen wir damit, dass es der Verwaltung gelingen wird, den Gesamtansatz für die Personalausgaben einzuhalten.</p>	0 €

<ul style="list-style-type: none"> • Buß- und Verwarnungsgelder, HHSt. 1105.0610 Die Fallzahlen in Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung bewegen sich auf ähnlich hohem Niveau wie in 2005. Deshalb ist davon auszugehen, dass wir das gute Vorjahresergebnis von rd. 1 Mio. € wieder erreichen und Mehreinnahmen gegenüber dem Ansatz von erzielen werden. 	50.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Schulsachkostenbeiträge und Ersätze für Lernmittel (Untergruppen 1680 und 1710 bei den Schulen) Das Land hat die Sachkostenbeiträge nachträglich erhöht und für jeden Schüler einen pauschalen Zuschlag von 9 Euro gewährt. Zusammen mit höheren Ersätzen für Lernmittel liegen wir voraussichtlich um über der Ansatzsumme. 	200.000 €
<p>Soziale Sicherung, Einzelplan 4</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, UA 4104 Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung war im Jahr 2005 von erheblichen Fallzahlen- und Kostensteigerungen geprägt. Diese Entwicklung setzt sich auch in 2006 nahezu unverändert fort. Nach derzeitigem Stand ist aber davon auszugehen, dass die im Haushalt deutlich angehobenen Planansätze auskömmlich sein werden. Wegen einer nicht periodengerecht vorgenommenen Rechnungsabgrenzung zwischen den Jahren 2005 und 2006 erwarten wir im UA 4104 dennoch eine Verbesserung von 	300.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Hilfe zur Pflege, UA 4110 Bei der Hilfe zur Pflege registrierte die Verwaltung 2005 unterjährige Fallzahlensteigerungen von bis zu 15%, die im Herbst vergangenen Jahres noch Mehrausgaben in ei- 	

<p>ner Größenordnung von 700 – 900.000 € befürchten ließen. Der für 2005 hochgerechnete Nettoaufwand von 5,48 Mio. € wurde der Plankalkulation 2006 zugrunde gelegt und mit einer weiteren Steigerungsrate von 4% fortgeschrieben. Nachdem sich die Fallzahlen entgegen der ursprünglichen Annahme bereits Ende 2005 stabilisiert haben, verbessert sich der mit 5,76 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand der Hilfe zur Pflege voraussichtlich um</p>	<p>400.000 €</p>
<p>• Eingliederungshilfe, UA 4170</p> <p>Im Bereich der ambulanten und der teilstationären Hilfen verzeichnen wir gegenüber dem Vorjahr nur leichte Fallzahlensteigerungen. Im kostenintensiven Bereich der stationären Hilfen bewegen sich die Fallzahlen sogar auf gleich bleibendem Niveau. Deshalb gehen wir zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass wir uns bei der Eingliederungshilfe zum Jahresende knapp über dem Nettoaufwand des Vorjahres in Höhe von 15,18 Mio. €, aber innerhalb der Planvorgaben von 15,34 Mio. € bewegen werden.</p>	<p>0 €</p>
<p>• Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820</p> <p>Die Hartz IV-Gesetzgebung hat zu weit reichenden Anspruchsausweitungen geführt, die die kalkulierten Einsparungen bei der Sozialhilfe um ein Mehrfaches übersteigen. Auch im Schwarzwald-Baar-Kreis ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften regelrecht explodiert und hat alle prognostizierten Aufwandsschätzungen zur Makulatur werden lassen. Zu diesem Thema wurde dem Ausschuss für Bildung und Soziales in der letzten Sitzung am 26.06.2006 bereits ein Sachstandsbericht gegeben. Auf die DS-Nr. 070/2006 wird verwiesen.</p> <p>Während sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im 1. Halbjahr 2005 noch zwischen 4.100 und 4.300 bewegte</p>	

<p>und damit schon über dem ursprünglich prognostizierten Planwert von 3.900 lag, stieg sie zum Jahresende sprunghaft auf 5.332 an. Dadurch wurde der veranschlagte Nettoaufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Rechnungsjahr 2005 um 1,6 Mio. € überschritten.</p> <p>Bei der Kalkulation der Planansätze 2006 war die weitere Entwicklung nicht vollends absehbar. Die Verwaltung ging von durchschnittlich 4.700 Bedarfsgemeinschaften und einem Nettoaufwand von 10,17 Mio. € aus. Nachdem die Statistik zum 31.05.2006 bereits 5.602 Empfängerhaushalte ausweist, entstehen dem Landkreis monatlich zusätzliche Ausgaben von mehr als 200.000 €. Am Jahresende wird der veranschlagte Nettoaufwand bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende deshalb voraussichtlich um überschritten.</p>	<p>- 2.500.000 €</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Jugendhilfe, Abschnitt 45 <p>In der Jugendhilfe liegen wir mit der Ausgabenentwicklung nach dem ersten Halbjahr leicht unter dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung wurde vor allem durch rückläufige Tendenzen beim Kreisjugendamt positiv beeinflusst. Wenn diese erfreuliche Entwicklung auch in der zweiten Jahreshälfte anhält, gehen wir davon aus, den im Vergleich zu 2005 reduzierten Gesamtansatz der Jugendhilfe um unterschreiten zu können.</p>	<p>100.000 €</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Gebühreneinnahmen des Vermessungsamtes, HHSt. 6120.0610 <p>Aufgrund eines größeren Vermessungsauftrags durch die Bundesstraßenbauverwaltung rechnen wir bei den Gebühreneinnahmen mit einer Verbesserung von</p>	<p>50.000 €</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Gebühreneinnahmen des Baurechtsamtes, HHSt. 6130.0610 Die Entscheidung der Bundesregierung zur Abschaffung der Eigenheimzulage hat beim Baurechtsamt zu einem Fallzahlenanstieg geführt, der vor allem im 1. Quartal 2006 seinen Niederschlag gefunden hat. So haben die erteilten Baugenehmigungen im 1. Halbjahr um mehr als 16% zugenommen. Zum Jahresende erwarten wir dadurch Mehreinnahmen von 	50.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Nicht gebührenfähige Aufwendungen bei der Abfallbeseitigung, UA 7250 Nach dem neuen Kommunalabgabengesetz sind die im Bereich der Abfallbeseitigung anfallenden Gemeinkosten (einschließlich der Steuerungskosten) seit 2005 ansatzfähig und können daher über die Gebühreneinnahmen abgerechnet werden. Aufgrund der bisherigen Rechtsprechung waren diese Aufwendungen bislang im UA 7250 – Nicht gebührenfähige Aufwendungen – zu Lasten des Landkreises ausgewiesen. 	250.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611 Bei der Grunderwerbsteuer sind bislang sieben Monatsabrechnungen eingegangen. Wegen der Abschaffung der Eigenheimzulage und eines Sonderzuflusses zu Jahresbeginn liegt das Steueraufkommen derzeit bei knapp 4,1 Mio. €. Rechnet man zu diesem Stand die Monate August bis Dezember des Vorjahres hinzu, ergibt sich ein Jahresaufkommen von 6,3 Mio. €, das damit um über dem Ansatz liegen würde. 	900.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Zuweisungen des beim Land durch Hartz IV eingesparten Wohngeldes, HHSt. 9000.0920 Das Land gibt den Betrag, der durch den Wegfall des 	

<p>Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger zu einer Entlastung im Landeshaushalt führt, teilweise an die Stadt- und Landkreise weiter. Eine Nachberechnung für 2005 hat ergeben, dass die Entlastung des Landes mit 40,6 Mio. € über dem ursprünglich einkalkulierten Betrag von 33 Mio. € liegt. Der Differenzbetrag von 7,6 Mio. € wird den Kreisen nachträglich erstattet. Der Schwarzwald-Baar-Kreis erhält dadurch eine Nachzahlung von 108.000 €. Zusammen mit den in 2006 erhöhten Abschlagszahlungen liegt die Zuweisung voraussichtlich bei 720.000 €. Gegenüber dem Haushaltsansatz entspricht dies einer Verbesserung von</p>	<p>150.000 €</p>
<p>• Umlage an Kommunalverband für Jugend u. Soziales, HHSt. 9000.8322</p> <p>Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg übernimmt seit 2005 einen Teil der Aufgaben der bisherigen Landeswohlfahrtsverbände. Ausgehend vom Finanzbedarf des Vorjahres wurde die an den Kommunalverband zu entrichtende Umlage im Haushalt mit 1.506.000 € in Ansatz gebracht. Nach der Haushaltsverabschiedung hat die Verbandsversammlung einen geringeren Umlagesatz beschlossen, durch den Wenigerausgaben von</p> <p>entstehen.</p>	<p>150.000 €</p>
<p>• Sonstige kleinere Planabweichungen innerhalb des Verwaltungshaushalts</p>	<p>100.000 €</p>
<p>Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im Verwaltungshaushalt eine Verbesserung von</p>	<p>200.000 €</p>

<u>Vermögenshaushalt</u>	
Die im Vermögenshaushalt veranschlagten Investitionen wurden weitgehend planmäßig begonnen. In welchem Umfang die Mittel bis zum Jahresende abfließen oder Haushaltsreste gebildet werden müssen, lässt sich derzeit noch nicht absehen.	

Stellungnahme der Verwaltung:

Die finanzielle Entwicklung im ersten Halbjahr 2006 hat ihre Licht- und Schattenseiten. So zeigt das zweite Jahr nach Inkrafttreten der unter Hartz IV bekannten Reformen, dass von einer daraus resultierenden Entlastung für den Haushalt des Schwarzwald-Baar-Kreises keine Rede sein kann. Die Dimensionen, in denen sich der Finanzbedarf für die Grundsicherung erhöht, sind in hohem Maße beängstigend und führen zu einer Bedrohung für die Erfüllung der dem Landkreis durch Gesetz übertragenen Aufgaben. Zudem wird die kommunale Selbstverwaltung durch diese Mehrbelastungen ausgehöhlt.

In 2006 können die hohen, sich aus Hartz IV ergebenden Mehraufwendungen nur dank mehrerer Einmalfaktoren insbesondere bei der Grunderwerbsteuer ausgeglichen werden. In den Folgejahren ist daher zu befürchten, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter auseinanderklaffen wird. Die Bundesregierung bleibt deshalb aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Leistungsausweitungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende zurückgefahren und missbräuchliche Inanspruchnahmen der Leistungen ausgeschlossen werden.

Aus Sicht der Kreisfinanzen ist es sehr zu begrüßen, dass die einzige Position in diesem Bericht, für die eine massive Verschlechterung prognostiziert wird (Hartz IV), durch viele, teils auch kleinere Verbesserungen aufgefangen werden kann. Der Bericht geht sogar von einem leichten Plus zum Jahresende aus. Es besteht deswegen Anlass zu der Hoffnung, dass die Jahresrechnung 2006 nach vier Jahren erstmals wieder ohne Fehlbetrag abschließen wird.

Selbstverständlich wird die Verwaltung im weiteren Verlauf dieses Haushaltsjahres alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen, durch Einsparungen zusätzliche Ver-

schlechterungen zu kompensieren und zumindest ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis zu erreichen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Bericht über die aktuelle Finanzlage zur Kenntnis.